



## Schwarz-Gelb

Teuer für Bremen  
Seite 2



## Ausbildung

Neue Aufgaben für ErzieherInnen  
Seite 3



## Bildungskonferenzen

SPD diskutiert vor Ort  
Seite 3



## Mehr Taxiservice

Angebot verbessern  
Seite 4



## Rettungsdienste

Keine längeren Arbeitszeiten  
Seite 4

## Sozialstaat und Wirtschaft gehören zusammen

### Drei Fragen an den neuen Fraktionschef Björn Tschöpe

**Der Ausgang der Bundestagswahl markiert eine Zäsur. Was heißt das für die zukünftige Arbeit Ihrer Fraktion?**

Die Menschen sollen in unserer täglichen Arbeit erkennen, wofür die SPD steht. Das werden wir in den kommenden Wochen und Monaten bis zur Bürgerschaftswahl 2011 deutlich machen. Und zwar durch konkretes Handeln. Dabei werden wir alle – Partei, Senat und Fraktion – den jeweiligen Rollen entsprechend unseren Beitrag leisten.

**Wo wird die Fraktion ihre politischen Schwerpunkte setzen?**

Anfang des kommenden Jahres werden wir in Klausur gehen und legen dort die inhaltlichen Schwerpunkte unserer Arbeit für den Rest dieser Legislaturperiode fest. In unserem Koalitionsvertrag sind zwei zentrale Ziele genannt: Stärkung des Wirtschaftsstandortes und Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Auf diesem Weg hat das rot-grüne Bündnis in Bremen schon viel erreicht und wir werden weiter konsequent auf diese Ziele hinarbeiten. Die SPD ist der Garant dafür, dass es sozial gerecht zugeht und wirtschaftlich voran geht. Wir haben im Blick, dass das, was verteilt werden soll, auch erarbeitet werden muss. Sozialstaat und Wirtschaft – beides gehört für uns zusammen. Dabei dürfen wir diejenigen, die Arbeit suchen ebenso wenig im Regen stehen lassen, wie diejenigen, die Arbeit haben, sich aber dennoch um ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Familie sorgen.

**Das klingt nach Abgrenzung zur Linkspartei...**

Wir müssen die Oppositionsparteien stellen, wenn sie Unsinn erzählen oder Menschen über ihre Absichten täuschen. Das gilt für alle Parteien gleichermaßen. Für die Linke, wenn sie den Menschen das Blaue vom Himmel verspricht, aber alles



Björn Tschöpe (42), Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Foto: Posthumus

nur auf Pump finanzieren will. Das gilt für die CDU, die einerseits brutalste Sparanstrengungen fordert, andererseits aber populistisch Mehrausgaben in vielen Bereichen anmahnt. Oder für die FDP, die sich zwar bürgernah gibt, aber an ihrem ideologischen Ziel des entkernten Staates festhält und alles privatisieren will. Wir werden schon in den laufenden Haushaltsberatungen deutlich machen, wofür wir stehen und was die anderen wollen.

## Björn Tschöpe

... wurde am 19. Oktober dieses Jahres zum neuen Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion gewählt. Seit 1998 ist er als Rechtsanwalt in einer zivil- und verwaltungsrechtlich ausgerichteten Sozietät selbstständig tätig. 2003 wurde Tschöpe in die Bremische Bürgerschaft gewählt. Seit 2007 ist er innenpolitischer Sprecher der Fraktion. Als Vorsitzender des Ausschusses zur Verbesserung der Volksgesetzgebung hat Tschöpe federführend für die SPD die Reform des Wahlrechts erarbeitet. Tschöpe ist seit 1983 Mitglied der SPD. Seit 1989 ist der ausgebildete Rettungsassistent ehrenamtlich für den Arbeiter-Samariter-Bund Bremen aktiv, zunächst in der Erste-Hilfe Ausbildung und in der Auslandshilfe, seit 1994 im Landesvorstand, seit 2005 als dessen Landesvorsitzender. Tschöpe ist verheiratet und hat zwei Kinder.

## Kein Lohndumping bei Reinigungskräften

Nach einem einwöchigen Streik haben sich die Tarifparteien im Gebäudereiniger-Handwerk am 29. Oktober auf Lohnsteigerungen zwischen 4,9 Prozent im Westen und 6,3 Prozent im Osten geeinigt. „Das ist ein sehr gutes Ergebnis und ein Erfolg für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Branche. Es hat sich gelohnt, dass wir dafür auf die Strasse gegangen sind“, so der Regionalleiter des Bezirksverbandes der IG BAU im Land Bremen und Deputierte der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Wolfgang Jägers, auf der Gewerkschaftskundgebung vor der Bremischen Bürgerschaft. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martin Günthner und viele weitere Mitglieder der SPD-Fraktion nahmen an der Kundgebung teil, trugen sich in Unterschriftenlisten gegen Lohndumping ein und schenkten Kaffee an die Teilnehmer aus. Der unterste Tariflohn erhöht sich nach der Einigung von 8,15 Euro auf 8,55 Euro im Westen und von 6,58 Euro auf 7 Euro im Osten. „Wir erwarten von der Bundesregierung, dass nun diese Beträge als Mindestlohn für die Branche mit bundesweit 860.000 Beschäftigten allgemeinverbindlich erklärt werden, um damit weiterem Lohndumping einen Riegel vorzuschieben“, so Jägers.



Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martin Günthner und der Regionalleiter des Bezirksverbandes der IG BAU, Wolfgang Jägers, auf der Kundgebung vor der Bürgerschaft. Foto: Fraktion

## Breiter Konsens für Sanierungskurs notwendig

Keine Enquetekommission: CDU greift sozialen Zusammenhalt in Bremen an



Uta Kummer, haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Die rot-grüne Koalition setzt den Sanierungskurs für Bremen konsequent fort, um die Selbstständigkeit des Landes zu erhalten. „Doch Sparen ist kein Politikersatz“, erklärte Uta Kummer, haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in der Oktober-Sitzung des Landtags. „Wir müssen den sozialen Zusammenhalt in Bremen und Bremerhaven

nachhaltig stärken und das gibt es nicht umsonst.“ Mit dem Schulkonsens und der Einführung der Oberschulen verbesserten sich die Bildungschancen für alle. „Über Ehrenamt und Herdprämie ist das nicht zu bezahlen“, so die Haushaltsexpertin. Also Sparen mit Augenmaß und in einem breiten gesellschaftlichen Konsens. „Einen Konsens, den der CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Röwekamp mit seinen Sparvorschlägen im Sozialbereich, etwa bei der Arbeiterwohlfahrt, schon vorab aufgekündigt hat. Deshalb lehnen wir auch die von ihm geforderte

Enquetekommission, die in eine solche Richtung zielt, ab“, erläutert Kummer. Die CDU könne sich gerne mit fundierten Vorschlägen in die kommenden Haushaltsberatungen einbringen.

### CDU-Sparvorschläge unglaublich

Die scharfen Reaktionen von Angestelltenkammer bis zu Wohlfahrtsverbänden haben deutlich gezeigt, dass es sich bei den Vorschlägen von Röwekamp um angestaubte Ladenhüter handelt statt um wegweisende Tabubrüche – oftmals noch in der Sache falsch. „Der CDU-Fraktionsvorsitzende redet vom Sparen, doch tatsächlich greift er den sozialen Zusammenhalt in Bremen an“, sagt Kummer. Dass er dabei nicht einmal die eigene Fraktion hinter sich habe, verwundert kaum. Denn es waren immer wieder auch gerade CDU-Politiker, die gegen Einsparungen protestierten oder gar zusätzliche Ausgaben, wie jüngst eine weitere Besoldungsanhebung für Beamte mit mehreren Millionen Euro Mehrkosten, forderten. „Wie das bezahlt werden soll, dazu gibt es natürlich im Gegenzug keine Vorschläge“, sagt die SPD-Haushaltsexpertin. „In den Fachausschüssen und in den Stadtteilen vor Ort mehr Geld zu fordern und jetzt hier mit großem öffentlichen Trara eine Enquetekommission für

brutalstmögliches Sparen – das ist eine zutiefst ungläubwürdige Politik.“

### Sparen und Schwerpunkte setzen

Der rot-grüne Senat hingegen spart dort, wo es verantwortlich ist und stärkt auf der anderen Seite den sozialen Zusammenhalt. Mit konkreten Projekten vor Ort in den Stadtteilen, wie etwa mit dem Umbau von Tenever, und der Verbesserung der Bildungschancen für alle Kinder von der Kita an. „Wir modernisieren die öffentliche Verwaltung und kürzen Stellen beim Personal. Fast ein Drittel der Stellen, 5000 an der Zahl, sind im Kernbereich der Verwaltung seit Mitte der 90er eingespart worden. Wir haben die Investitionen um mehrere 100 Millionen Euro heruntergefahren. Wir haben überall stadteigene Grundstücke verkauft und zur Bebauung freigegeben“, nennt Kummer Beispiele für den Sanierungskurs. „Und wir haben das auch gegen Widerstand durchgesetzt. Das geht nur, wenn wir die Betroffenen einbeziehen und mitnehmen“, sagt die SPD-Politikerin. „Man kann nicht auf der einen Seite die Verwaltung modernisieren und auf der anderen Seite, wie Röwekamp es anregt, die Beschäftigten zum Lohnverzicht auffordern. Da fühlen sich die Menschen zurecht nicht ernst genommen.“

## Schwarz-gelbe Steuersenkungen im Bund kommen Bremen teuer zu stehen

Einnahmeausfälle durch Koalitionsvertrag im Bund (in Mio. EUR)

Unternehmenssteuerreform	16,8
Erbschaftsteuer	4,4
Ermäßigte Mehrwertsteuer	4,4
Beherbergungsdienstleistungen	138,0
Einkommenssteuerreform	163,6
Steuerausfälle Bremen gesamt	

Während der CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Röwekamp tabuloses Sparen für Bremen fordert, verkündet die neue schwarz-gelbe Bundesregierung massive Steuersenkungen auf Pump, die vor allem zu Lasten der Länder gehen. Werden die Pläne so umgesetzt, bedeutet das für Bremen zusätzliche Steuerausfälle von 163 Mil-

lionen Euro pro Jahr. Damit man die Größenordnung versteht: Das entspricht in etwa dem, was Bremen pro Jahr für die Kinderbetreuung ausgibt. Diese Steuerpolitik führt die gerade erst im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ad absurdum. Denn diese sieht vor, dass öffentliche Haushalte bis 2020 soweit konsolidiert sein sollen, dass Bund und Länder ab diesem Zeitpunkt keine neuen Schulden mehr machen. Die Experten sind sich einig: Was da in Berlin geplant wird, ist unseriös und losgelöst von jeder finanzpolitischen Realität. „Mit dem Koalitionsvertrag und den geplanten dauerhaften Steuersenkungen verabschiedet sich die Regierung auch über diese Wahlperiode hinaus langfristig vom Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushaltes“, sagt etwa der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann. Nach seiner Überzeugung wird diese Entwicklung langfristig zu einer Einschränkung öffentlicher Leistungen führen. „Das ist letztlich eine Umverteilung von unten nach oben“, kritisiert der Ökonom. CDU und FDP führen Länder und Kommunen mit ihrer Steuerpolitik in den Haushaltsnotstand. Den geplanten Steuersenkungen wird Bremen im Bundesrat deshalb die Zustimmung verweigern. Sollten dort die CDU-Ministerpräsidenten trotz enormer Einbußen für ihre Länder tatsächlich zustimmen, muss Bremen einen erneuten Gang vor das Bundesverfassungsgericht prüfen.

## Sozial integrative Arbeit wird immer wichtiger

Ausbildung der Erzieherinnen an die gestiegenen Anforderungen anpassen



Sprachliche Bildung kann nicht früh genug beginnen. Foto: Ganztagsgrundschule „Auf den Heuen“

Spracherwerb, Sozialkompetenz und Elternarbeit: Erzieherinnen übernehmen heute neben der Betreuung wichtige zusätzliche Aufgaben, für die aber bislang die passenden Lehrinhalte in der Ausbildung fehlen. „Wir brauchen jetzt schnell ein Konzept, wie diese Kompetenzen sinnvoll vermittelt werden können“, erläutert Karin Garling, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Denn nur mit einer Weiterentwicklung der Ausbildung können wir auch die Betreuung und Bildung der Kinder nachhaltig verbessern.“ Und diese Weiterentwicklung erhöhe zudem die Attraktivität des Berufsbildes. „Wir brauchen für die wichtige Aufgabe der frühkindlichen Bildung hoch qualifizierte und motivierte Erzieherinnen. Darüber hinaus ist es wichtig dieses Berufsbild auch für junge Männer interessant zu gestalten. Der Beruf ist weiblich dominiert und es fehlt den Kleinsten an männlichen Vorbildern“, sagt Garling. Unter anderem deshalb bewertet sie auch die Aufwertung der Gehälter durch die letzten Tarifabschlüsse sehr positiv. „Und wir wollen, dass das Anerkennungsjahr für die Erzieherinnen und Erzieher im Rahmen ihrer Ausbildung weiterhin sozialversicherungspflichtig bezahlt wird.“



Karin Garling, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion

### Chancen für Quereinsteiger

Bei der Neuausrichtung der Ausbildung ist der Spracherwerb der Kinder von großer Bedeutung, um gleiche Bildungschancen von klein auf zu ermöglichen. Hier gilt es in der Gruppenarbeit Kinder mit Sprachproblemen gezielt zu fördern. Hinzu kommt für die Erzieherinnen immer öfter die fehlende Sozialkompetenz schon bei den Kleinsten. Sie sind gefordert, die Kinder an Regeln des Miteinanders, an gegenseitigen Respekt heranzuführen. Und schließlich gilt es verstärkt mit den Eltern zu arbeiten, damit Kinder gerade aus sozial schwachen Milieus wirklich eine Bildungschance erhalten. „Dazu gehört dann auch ein Bewusstsein für die Bedeutung einer gelingenden Vernetzung im Stadtteil, etwa mit der Grundschule oder Anlaufstellen für Familien“, berichtet die Sozialpolitikerin. Die gestiegenen Anforderungen an die Ausbildung sollen jedoch Quereinsteiger auch zukünftig nicht ausschließen. „Wir wollen eine Durchlässigkeit von der Familienhelferin über die Sozialassistentin bis zur Erzieherin und bei Bedarf auch weiter zu universitären Abschlüssen“, erklärt Garling. Denn das Talent zur Erzieherin zeige sich nicht allein am Schulabschluss.

## Die Oberschule – ein attraktives Angebot für alle

SPD-Fraktion diskutiert Umsetzung des neuen Schulgesetzes vor Ort



Mustafa Güngör, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Es ging um die Wünsche, Bedenken und Anforderungen in den Stadtteilen. Was bewegt die Menschen vor Ort, die Beiräte und Ortsamtsleiter vor allem mit Blick auf die Entwicklung der Schulstandorte und besonders die Einführung der neuen Oberschule? „Ein wichtiges Signal vorab ist, dass in dieser Legislaturperiode keine Grundschulen geschlossen werden, obwohl es der Senat beschlossen hatte“, sagt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, der zu den vier Bildungskonferenzen eingeladen hatte. Die Schulstandortplanungen müssten gewährleisten, dass für die Eltern das neue Oberschulangebot attraktiv und verlässlich ist. „Worauf es vor allem ankommt, ist eine gute soziale Durchmischung der Schülerschaft. Leistungsschwächere sollen von den Leistungsstärkeren profitieren und umgekehrt, so wie uns das bundesweit Vorzeigeschulen bereits erfolgreich vormachen. Und dafür setzen wir auf kleinere Klassen und klassenübergreifende Jahrgangsteams, in denen Schülerinnen und Schüler ihren Begabungen und Kompetenzen entsprechend individuell gefördert werden.“

### Überschaubare Strukturen und Verankerung im Stadtteil

Konsens sei auch, dass es auf keinen Fall viele kleine Oberstufen an den Oberschulen geben soll. „Wo immer möglich, wollen wir eine örtliche Anbindung an bestehende Sekundarstufen I. Und neue Oberstufen wird es mit uns erst ab 100 Schülerinnen und Schülern geben. Alles andere schränkt die Oberstufenprofile und damit die Wahlmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler ein und macht die Oberstufe unverhältnismäßig teuer.“ Im Sinne der Qualität der Oberschulen sollen diese maximal vier bis sechs Klassen pro Jahrgang haben. „Das ist der Tenor aus den Quartieren: Überschaubarkeit und Arbeitsstrukturen, die das Eingehen auf jede Schülerin und jeden Schüler ermöglichen“, berichtet Güngör. Denn vor Ort wie in der Landespolitik ist das Ziel dasselbe: „Wir wollen gute Startchancen für die neue Oberschule, damit diese von allen gern ausgewählt wird und besonders Kindern aus sozial schwachen Familien bessere Bildungschancen bietet. Und wir müssen dafür die Rahmenbedingungen schaffen, dass die Oberschulen auch die passende räumliche Ausstattung und ein attraktives fachliches Angebot bieten können.“

## Neu in der SPD-Fraktion

Seit dem 14. Oktober ist Reiner Holsten neues Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Der 57jährige Lehrer rückt für den bisherigen Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Dr. Carsten Sieling, der in den Bundestag gewählt wurde, als Abgeordneter in die Bremische Bürgerschaft nach. Holsten gehört dem SPD-Landesvorstand an und wurde im März dieses Jahres zum Vorsitzenden des Unterbezirks Bremen-Nord gewählt.



Reiner Holsten

## Taxiservice für mobilitätseingeschränkte Menschen

„Wir wollen das Dienstleistungsangebot des Taxigewerbes noch fahrgastfreundlicher machen“, so Reimund Kasper, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Denn was passiert, wenn kurze Wege ohne Unterstützung nicht mehr bewältigt werden können, etwa der Arztbesuch? In diesem Fall greife man oft auf ein Taxi zurück. Die Fahrer sind in der Regel behilflich und begleiten nach dem Aussteigen bis an die jeweiligen Ziele. Deshalb sollte ihnen erlaubt werden, auf allen Verkehrsflächen

und auf Gehwegen zu Halten und zu Parken, um bei der Bewältigung einer Treppe oder anderer Barrieren behilflich sein zu können, solange dadurch nicht andere Verkehrsteilnehmer gefährdet werden. Ein entsprechender Antrag der SPD wurde in der Bürgerschaft beschlossen. Der Senat wird darin aufgefordert, gemeinsam mit der Fachvereinigung Personenverkehr Kriterien zu erarbeiten, um Ausnahmegenehmigungen für Taxen bei der Beförderung von mobilitätseingeschränkten Menschen zu erlassen.



Reimund Kasper, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion

## Arbeitszeit im Rettungsdienst nicht erhöhen

Die Krankenkassen drängen darauf, die Arbeitszeiten der Beschäftigten in den Rettungsdiensten Bremens aus Kostengründen von 44 auf 48 Stunden weiter zu erhöhen. Bereits vor drei Jahren wurde diese von 38,5 Stunden auf 44 Stunden angehoben. „Bei der Arbeit im Rettungsdienst handelt es sich um körperlich schwere Arbeit im Wechselschichtdienst“, so die SPD-Abgeordnete Susanne Kröhl. „Die 44 Stunden die heute gearbeitet werden, sind ein ausgehandelter Kompromiss zwischen den Landeskassen, dem Senator für Inneres und dem Rettungsdienst. Diesen Kompromiss heute zu

Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Rettungsdienstes aufzukündigen, weil es auch günstiger gehen kann, lehnen wir Sozialdemokraten eindeutig ab“, erklärt Kröhl. Denn Arbeit müsse nicht nur effektiv, sondern auch gesundheitsverträglich gestaltet werden. Das gilt gerade für Schicht- und Wochenendarbeit. Ein entsprechender Antrag, die wöchentliche Arbeitszeit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rettungsdienst in der Stadtgemeinde Bremen nicht weiter zu erhöhen, wurde in der Stadtbürgerschaft verabschiedet.

## Neues Petitionsgesetz

Andere Landesparlamente schauen dieser Tage wegen des neuen Petitionsgesetzes aufmerksam nach Bremen. „Ich kann für uns Sozialdemokraten sagen, dass wir hier einen wirklich vorbildhaften Entwurf haben“, erklärte Manfred Oppermann, SPD-Obmann im Petitionsausschuss. „Es sind zwischenzeitlich

aus anderen Ländern Anfragen gestartet worden, die unsere Entwürfe für die Beratungen in ihren jeweiligen Parlamenten nutzen wollen.“ Ziel ist es, mit der Gesetzesnovelle mehr Bürgernähe und eine Vereinfachung des geltenden Petitionsrechts zu erreichen. So soll die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern

erhöht und eine bessere Information über die Rechte des Petitionswesens sichergestellt werden. Und mit der Einführung einer so genannten öffentlichen Petition wird den Möglichkeiten moderner Kommunikationsmittel wie dem Internet Rechnung getragen. Das Gesetz wurde in erster Lesung verabschiedet.

## Energieausweise nutzbringend einsetzen

Der Bundesgesetzgeber hat 2008 Energieausweise für Immobilien verpflichtend vorgeschrieben. Durch die Informationspflicht entstehen Vorteile sowohl für die Vermieter, als auch für die Mieter. „Die sogenannte zweite Miete steigt, auch wenn die Energiepreise zurzeit wieder eher moderat sind. Aber das wird angesichts schwindender Öl- und Gasreserven nicht so bleiben“, erklärt der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Rainer Hamann. „Deshalb ist es wichtig für die Menschen zu wissen, wenn sie eine Wohnung beziehen oder eine Immobilie kaufen, welche Kosten später auf sie

zukommen. Und hier können die Energieausweise helfen“. Eine bundesweite Umfrage der dena, der Deutschen Energie-Agentur Anfang 2009 zeigt aber auf, dass nur etwa 30 Prozent der privaten Vermieter solche Ausweise erstellt haben. „Hier besteht nach Meinung der Koalitionsfraktionen Handlungsbedarf. Der Senat ist deshalb gefragt, sich kreative Lösungen zu einer besseren Information über Energieausweise zu überlegen“, so Hamann. „Energieausweise sollten zudem fester Bestandteil eines Mietvertrages sein. Hier besteht natürlich Regelungsbedarf durch den Bund.“

## TERMINE

### Sitzungen der Bürgerschaft

- 17.11. Stadtbürgerschaft  
14:00-19:00 Uhr
- 18.11. Bürgerschaft  
Landtag  
10:00-18:00 Uhr
- 19.11. Bürgerschaft  
Landtag  
10:00-18:00 Uhr
- 15.12. Stadtbürgerschaft  
14:00-19:00 Uhr
- 16.12. Bürgerschaft  
Landtag  
10:00-18:00 Uhr
- 17.12. Bürgerschaft  
Landtag  
10:00-18:00 Uhr

## IMPRESSUM

SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

Wachtstr. 27/29  
28195 Bremen

Tel : 0421 33 67 70  
Fax: 0421 32 11 20  
www.spdfraktion-bremen.de  
E-Mail:  
spd-fraktion@spd-bremen.de

V.i.S.d.P.  
André Städler

Redaktion  
Knut Köstergarten  
André Nonnenkamp

Gestaltung  
Stefan Skiba

Druck  
Meiners Druck OHG



Susanne Kröhl,  
Mitglied der  
SPD-Bürgerschaftsfraktion



Manfred Oppermann,  
SPD-Obmann im  
Petitionsausschuss



Rainer Hamann,  
Mitglied der  
SPD-Bürgerschaftsfraktion